

5019/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Haller und Kollegen
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend Atomkraftwerk Marienberg

Seit zehn Jahren steht in Tirol das Gespenst eines grenznahen AKW und zwar des Atomkraftwerkes Marienberg im Raum. In Bayern soll 29 Kilometer von Kufstein und somit von der österreichischen Staatsgrenze entfernt ein AKW geplant und möglicherweise gebaut werden. Bereits 1992 wurde durch den freiheitlichen Landtags abgeordneten Dillersberger im Tiroler Landtag ein Antrag gegen dieses geplante Atomkraftwerk initiiert, dem in der folgenden Jahren auch die Landtage Salzburgs und Oberösterreichs folgten. Auch eine Reihe von Bürgerinitiativen und Aktionen gab und gibt es sowohl in Österreich als auch in Bayern die wie eine Unterschriftenaktion einer Bezirkszeitung Kufsteins erst jüngst zeigte reger Zuspruch finden. So konnten binnen kürzester Zeit 7 100 Unterschriften gegen den Bau im betroffenen Bezirk Kufstein gesammelt werden. Anscheinend war und ist es vor allem die CSU die laut Aktionsbündnis gegen Atomkraft einen "strammen Atomkurs" für dieses Kraftwerk fährt. So will sie die Option auf diesen Druckwasserreaktor EPR nicht fallenlassen und das Projekt Marienberg nicht aus dem Standortsicherungsplan herausnehmen. Aus diesem Grunde hat die Fragestellerin in Vorfeld der bayerischen Landtagswahl diesbezügliche Briefe an die Abgeordneten zum Bayerischen Landtag Herrn Adolf Dinglreiter, Frau Ilse Aigner, Herrn Sepp Ranner und an das Mitglied des Deutschen Bundestages Herrn Wolfgang Zeitelmann (alle Angehörige der CSU Fraktion) gerichtet. Der Tenor der Antwortschreiben war einheitlich. Es wurde erklärt, daß es weder eine definitive Bauabsicht noch eine definitive Planungsabsicht gebe. Nun hat die Fragestellerin aus einem Artikel in der Tiroler Tageszeitung folgendes entnommen: "AKW Marienberg doch nicht vom Tisch". Der Vorschlag Österreichs in den Vertragstext der Alpenkonvention das Verbot neuer Atomkraftwerke aufzunehmen, wurde abgelehnt. Die betreffende Sitzung hat in Laibach Slowenien, stattgefunden. Es taucht wieder das Projekt AKW Marienberg bei Rosenheim auf und laut Herrn Haßlacher, der dort anwesend war, wurde erklärt, die Absage der bayerischen CSU im Frühjahr sei nicht definitiv gewesen.. Die Fragestellerin fürchtet, daß es einfach zu wenig ist, im Zuge der Beitrittsverhandlungen und des EU - Vorsitzes sich nur auf die neuer Beitrittsstaaten und die Aktivitäten in diesen Ländern zu konzentrieren. Die Fragestellerin glaubt, es wäre höchste Zeit, daß von Regierungsseite und von seiten des österreichischer Parlamentes versucht wird, von unseren unmittelbaren Nachbarn verbindliche Verzichtserklärungen zu erhalten. Daher richten die unterfertigten Abgeordneten an der Herrn Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten folgende

Anfrage:

1. Ist Ihnen die in der Einleitung geschilderte Sachlage bekannt?
Wenn ja, seit wann?

2. Was haben Sie bis dato in dieser Angelegenheit unternommen?
3. Welche Initiativen werden Sie im Rahmen der EU - Präsidentschaft und darüberhinaus ergreifen um die Bayerische Regierung zu einer verbindlichen Verzichtserklärung zu bewegen?